



60 plus

SPD

IMPULS
AKTIONSLEITFADEN
TEILHABE ERMÖGLICHEN –
ALTERSARMUT VERHINDERN

www.spd.de

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

wir müssen uns als Arbeitsgemeinschaft nicht verstecken, sondern ganz im Gegenteil: Es ist unerlässlich, zeigen zu können, wie aktiv die Älteren in unserer Partei sind!

Denkt bitte daran, uns den Rückmeldebogen eurer Aktionen schnellst möglich zukommen zu lassen und genauso wichtig: Schickt uns bitte nach der Aktion Bilder (solche, die ihr selbst gemacht habt und auch Pressefotos), Presseartikel, aber auch Einladungen, damit wir eine richtig umfangreiche Dokumentation mit unseren Aktivitäten zusammen stellen können!

Für Euer Engagement bedanke ich mich schon heute!

Hier unsere Adresse:

SPD-Parteivorstand
Susanne Bauer
Referat Generationenpolitik
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Wenn Ihr Fragen habt, wendet Euch bitte direkt an Susanne Bauer.

Ihr erreicht sie

- telefonisch unter 030 - 25991-351
- per Fax 030 - 25991-545
- per E-Mail: 60plus@spd.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Redaktion:
Susanne Bauer (verantwortlich), SPD-Parteivorstand, Referat Generationenpolitik
Aktionsideen: 60 plus
Fotos: 60 plus, privat

Druck:
Media-Print Group GmbH
Eggertstrasse 30, 33100 Paderborn

Bestellung:
SPD-Parteivorstand
SPD-Shop, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Fon: 030 - 25991-200, Fax: 030 - 25991-360
E-Mail: vertrieb@spd.de
www.spd-shop.de

Bestellnummer.: 3000512
Preis 1,00 €

INHALT:

Vorwort Angelika Graf Bundesvorsitzende der AG SPD 60 plus	04
Erfahrung schafft Zukunft: Älter werden in einer Welt im Wandel Antrag der AG SPD 60 plus	06
Mehrheitsfähig mit den Älteren AG SPD 60 plus fordert politische Teilhabe auf allen Ebenen	09
Wandel erzwingt Reformen – Für ein solidarisches Generationenprojekt Antrag der AG SPD 60 plus	11
Interessante Links zur Altersversorgung	15
Der Bundesvorstand der AG SPD 60 plus stellt sich vor	16
Übersicht über die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der AG SPD 60 plus im Bundesvorstand, den Landesverbänden und Bezirken	22
Aktionsvorschläge	24
Musterpressemitteilungen für vor und nach der Aktion	29
Rückmeldebogen	31
Materialien der AG SPD 60 plus	32

TEILHABE ERMÖGLICHEN ALTERSARMUT VERHINDERN



LIEBE GENOSSIN, LIEBER GENOSSE,

die wachsende Altersarmut macht uns immer mehr Sorgen, wir wollen sie nicht einfach hinnehmen. Wir haben deshalb den Aktionstag der AG SPD 60 plus 2012 unter das Motto gestellt: „Teilhabe ermöglichen – Altersarmut verhindern“. Unser Aktionstag soll um den 29. April 2012 stattfinden. Das ist der europäische Tag der Generationensolidarität. Nutzt ihn, um ein Zeichen gegen Armut auch im Alter zu setzen!

Auch ältere Menschen müssen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ob es zum Seniorentreffen der AWO, zum Sportverein gehen soll, oder Enkeldienst angesagt ist, das darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Es kann nicht sein, dass das ehrenamtliche Engagement ausfällt, weil die Kosten zu hoch sind. Aber wir wollen auch unabhängig von der finanziellen Situation zum Einmischen und zur Teilhabe aufrufen.

Denn das Ehrenamt hält unsere Gesellschaft zusammen. Mitmachen, mitbestimmen, teilhaben, das lässt sich an vielen Punkten festmachen. Dazu gehören zum Beispiel barrierefreier

öffentlicher Nahverkehr und Wohnungen, in denen man alt werden kann. Wer wünscht sich nicht, weiterhin in der lieb gewonnenen Wohnung zu bleiben, auch wenn die „Zipperlein“ anfangen oder wenn pflegerische Hilfe benötigt wird.

Unsere Arbeitsgemeinschaft setzt sich für aktivierende Seniorenpolitik ein. Dazu brauchen wir altersgerechte Arbeitsplätze, lebensbegleitendes Lernen, aktiven Gesundheitsschutz und mehr Förderung des Engagements in unserer Gesellschaft.

Die zunehmende prekäre Beschäftigung höhlt immer mehr unsere sozialen Sicherungssysteme aus. Deshalb muss der Arbeitsmarkt geändert werden. Altersarmut droht bereits jetzt und immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung erst recht in den kommenden Jahrzehnten. Deshalb fordern wir Reformen am Arbeitsmarkt. Und: Die gesetzliche Rentenversicherung muss weiterentwickelt werden. Die Rente muss wieder den Lebensstandard sichern und Altersarmut verhindern.

Die Kernforderungen der AG SPD 60 plus sind:

- Eine Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente, die Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit bietet
- Ältere in Erwerbstätigkeit halten - Armut verhindern
- Lebensbegleitendes Lernen umsetzen: informieren, beteiligen und bilden
Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement fördern
- Gesundheit und Prävention fördern und Pflege verbessern
- Wohnungen und Wohnumfeld anpassen

Der Bundesvorstand der AG SPD 60 plus hat für Euch auf dem SPD-Bundesparteitag mehrere Anträge eingebracht: u.a. „Erfahrung schafft Zukunft: Älter werden in einer Welt im Wandel“ und „Wandel erzwingt Reformen – Für ein solidarisches Generationenprojekt - Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente“. Obwohl der Parteitag z.T. andere Formulierungen beschlossen hat, bitten wir Euch, diese Anträge in Eure Gremien einzubringen.

Wie immer gilt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Deshalb haben wir Euch Ideen für kreative Aktionen und Veranstaltungen aufbereitet. Auf geht's, lasst uns auf die Straße gehen, damit wir neue Sympathisantinnen und Sympathisanten für unsere Partei gewinnen.

Viel Spaß dabei wünscht Euch
Eure



Angelika Graf

ZEITRAUM DES AKTIONSTAGES:

Um den europäischen Tag der Generationensolidarität, 29. April 2012

EUROPÄISCHER TAG DER GENERATIONEN-SOLIDARITÄT

Am 29. April 2012 findet zum 4. Mal der Europäische Tag der Solidarität zwischen den Generationen statt. Dabei soll sowohl die europäische Öffentlichkeit als auch die Politik für das Thema Solidarität zwischen den Generationen sensibilisiert werden.

Wir als Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus wollen den Zeitraum um den 29. April 2012 nutzen, um auf die Straße zu gehen und mit pfiffigen Aktionen zu werben.

60 PLUS ANTRAG: ERFAHRUNG SCHAFFT ZUKUNFT ÄLTER WERDEN IN EINER WELT IM WANDEL

Um die Jahrtausendwende hat der Anteil der über 60jährigen den Anteil der unter 20jährigen in der deutschen Bevölkerung überholt. Dieser demografische Wandel hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Wir betrachten ihn als Herausforderung, denn: Alter ist kein Zustand – Altern ist ein Prozess. Politik mit dem älteren Drittel und für das ältere Drittel der Bevölkerung ist auch vorsorgende Politik für die heute jüngeren Jahrgänge. Die Erfahrung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für unsere Gesellschaft wichtig, sogar unverzichtbar. Wir fördern daher die gesellschaftliche Teilhabe durch Mitwirkung an der politischen Willensbildung. Wir wollen aber vor allem auch die Potenziale nutzen, die sich aus der Zusammenarbeit über die Generationen hinweg ergeben. Die Unterschiede in unserer Gesellschaft liegen nicht so sehr zwischen Jung und Alt, sondern eher zwischen Arm und Reich innerhalb der Generationen, dem Bildungszugang, der Beschäftigung und in den Regionen. Daraus folgt in erster Linie die Anforderung an uns selbst, die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft politisch voranzutreiben. Auf allen Politikfeldern eröffnen sich Chancen, unsere

Zukunftsgestaltung auch auf Erfahrung zu gründen. Dabei stützen wir uns u. a. auf Seniorenräte, Experten in Senioreneinrichtungen, Fachleute aus Medizin, Gerontologie und den Arbeits- und Sozialwissenschaften.

Die SPD muss eine aktivierende Seniorenpolitik verwirklichen, in der ältere Menschen nicht nur Objekt von Fürsorge sind, sondern in ihrer Selbstständigkeit gestärkt werden, auch mit dem Ziel, Einsamkeit und Altersarmut zu verhindern. Dazu gehören u. a. nachhaltige Teilhabe am Arbeitsleben durch Beteiligung an Informationen und Schulungen, an neuen Aufgaben und Verfahren, lebensbegleitendes Lernen, aktiver Gesundheitsschutz und Anpassung des Arbeitsumfeldes an eine älter werdende Erwerbsgesellschaft. Wir wollen Beschäftigungsmöglichkeiten und „Gute Arbeit“ auch für ältere Menschen und eine altersgerechte Infrastruktur.

Wir begreifen das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement gerade älterer Menschen als unersetzlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, das wir stärken und für dessen Anerkennung wir uns einsetzen wollen. Die Möglichkeit zur Teilhabe ist Richtschnur für alle Lebenslagen. Dazu gehören barrierefreie Wohnungen und Verkehrssysteme sowie eine Pflegepolitik, die selbstständige Lebensführung in der gewohnten häuslichen Umgebung solange wie möglich sicherstellt und aufsuchende Beratung und Betreuung garantieren.

ÄLTERE IN ERWERBSTÄTIGKEIT HALTEN - ARMUT VERHINDERN - LEBENSLÄUFE VERÄNDERN

Die Zunahme prekärer, gering entlohnter Beschäftigungsverhältnisse und das Anwachsen von ungesicherten Selbstständigkeiten höhlen unsere sozialen Sicherungssysteme aus. Wir brauchen daher dringende Reformen am Arbeitsmarkt im Sinne unserer Beschlüsse „Gute Arbeit“.

Einkommensarmut im Erwerbsleben führt automatisch zur Altersarmut. Dies droht bereits jetzt und erst recht in den kommenden Jahr-

zehnten Teilen der Bevölkerung. Reformen am Arbeitsmarkt müssen ergänzt werden durch eine Reform und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), damit allein durch die GRV wieder Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit erreichbar werden.

Gleichzeitig muss sie mittelfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung, wie im Hamburger Grundsatzprogramm vorgesehen, weiterentwickelt werden. Damit sollen alle Erwerbstätigen im Sinne einer präventiven Armutsbekämpfung in die GRV einbezogen werden. Neben der Verbesserung des Sozialschutzes geht es dabei auch um die Beseitigung von internen Ungerechtigkeiten in den unterschiedlichen Alterssicherungssystemen.

Im Sinne einer sozialdemokratischen Rentenpolitik, die sich an den Zielen Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit orientiert, legen deshalb die beiden Arbeitsgemeinschaften 60 plus und Jusos Vorschläge für die Weiterentwicklung der Rentenpolitik vor.

LEBENSBEGLEITENDES LERNEN UMSETZEN: INFORMIEREN, BETEILIGEN UND BILDEN

Um möglichst lange im Beruf Schritt halten zu können, ein selbständiges Leben zu führen und am Leben der Gesellschaft beteiligt zu sein, bedarf es immer wieder neuer Informationen und Fähigkeiten. Wir verlangen, dass lebenslanges Lernen auch wirklich allen ermöglicht und angeboten wird. Das darf nicht vom Einkommen abhängen und es muss auch diejenigen mitnehmen, denen in jungen Jahren die Wege zu anspruchsvoller Ausbildung und Bildung und zur Teilnahme am kulturellen Leben nicht offen standen.

GESUNDHEIT UND PRÄVENTION FÖRDERN UND PFLEGE VERBESSERN

Wir fordern die Abschaffung der Zusatzbeiträge und Kopfpauschalen, damit keine Drei-Klassen-

Medizin entsteht. Wir fordern stattdessen ein nachhaltig finanziertes Gesundheitssystem, das auf Basis einer Bürgerversicherung die Interessen der Patientinnen und Patienten in den Vordergrund stellt. Wir brauchen neben einer Rückkehr zur paritätischen Finanzierung eine stärkere Einbeziehung von Einkommen aus Kapital als zusätzliche Finanzierungssäule. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft brauchen wir einen Ausbau der Prävention und Gesundheitsförderung – ein Präventionsgesetz soll die Prävention über die gesamte Lebensspanne systematisch fördern.

In der Pflegeversicherung fordern wir eine Abkehr von einer Privatisierung und dem Abwälzen zukünftiger Kosten allein auf die Versicherten. Wir wollen aber nicht weniger, sondern mehr Solidarität in der Pflege durch eine paritätische Finanzierung und einer Einbeziehung der privat Versicherten, damit Pflege nachhaltig finanzierbar wird und die Leistungen verbessert werden können. Für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf brauchen wir zudem eine Familienpflegezeit mit Rechtsanspruch für die Angehörigen von Pflegebedürftigen, damit sie Pflege besser mit dem Beruf vereinbaren können. Dazu gehört auch eine bessere Infrastruktur für Pflege und Beratung für Angehörige über flächendeckend eingerichtete Pflegestützpunkte. Ferner wollen wir einen Ausbau der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich der Pflege, eine stärkere Durchlässigkeit und Hochschulbildung für bisherige Gesundheitsfachberufe, eine bundeseinheitliche Übernahme der Kosten für das dritte Ausbildungsjahr in der Altenpflegeausbildung, eine Beteiligung der gesamten Pflegebranche an den Ausbildungskosten, eine schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie eine deutliche, höhere Wertschätzung von Pflege u.a. durch eine gute Ausbildung und gute Löhne auf Basis eines einheitlichen Bundestarifes.

WOHNUNGEN UND WOHNUMFELD ANPASSEN

Angesichts der demografischen Entwicklung und der damit einhergehenden Alterung unserer Gesellschaft ist es eine der größten Herausforderungen in unserer Zeit, Häuser und Wohnungen sowie deren Umfeld den Bedürfnissen älterer Menschen anzupassen. Das heißt, durch barrierefreies Bauen oder durch Wohnungsanpassung eine selbstständige Lebensführung möglichst lange zu erhalten, wie es der Wunsch der meisten Älteren ist.

Altersgerechte Wohnformen tragen zur Vermeidung eines Umzuges in eine Pflegeeinrichtung bei oder können einen entsprechenden Umzug in vielen Fällen hinauszögern. Damit tragen sie wesentlich zur finanziellen Entlastung der Kommunen bei, denn jedes Jahr längeres Verbleiben in der eigenen Wohnung bei entsprechender Ausrüstung steigert nicht nur die Lebensqualität sondern entlastet auch die Sozialsysteme erheblich.

Die meisten Bundesländer sind aber auch bezogen auf den Wohnungsbedarf unzureichend auf die fortschreitende Alterung der Gesellschaft vorbereitet, d.h., es besteht ein Mangel an altersgerechtem Wohnraum.

Die Frage nach zukunftsorientierten Wohn- und Lebensformen alter Menschen verlangt sowohl wegen der demografischen Alterung und strukturellen Veränderung unserer Gesellschaft als auch wegen der sich wandelnden Wohnbedürfnisse alter Menschen neue Antworten.

Das erfordert u.a. folgende Maßnahmen auf kommunaler Ebene:

- Barrierefreies Bauen als grundsätzliche und verbindliche Vorgabe
- Sicherung einer barrierefreien Infrastruktur des Wohnumfeldes sowie auch Erreichbarkeit von kulturellen Angeboten und entsprechenden Versorgungseinrichtungen.
- Moderne Wohnformen wie z. B. Integriertes Wohnen, Mehrgenerationenhäuser, Woh-

nen im Quartier - diesem Wohnangebot sollte Vorrang eingeräumt werden, da es dem Erhalt der Lebensqualität am weitesten entspricht - , Seniorenwohngemeinschaften (gemeinsam statt einsam).

- Im Zusammenwirken von Politik, Fachleuten, Architekten, Wohnungsunternehmen sowie Betroffenen sind effektive Wohnformen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Dabei ist zu beachten, dass Wohnraum bezahlbar bleiben muss.
- Zur Umsetzung neuer Wohnmodelle müssen ggf. vorhandene Rahmenbedingungen, wie z.B. durch Beseitigung von hinderlichen Ressortabgrenzungen und Finanzierungsbestimmungen angepasst werden. Trägerinteressen und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen müssen in Übereinstimmung gebracht werden.
- Barrierefreie Wohnformen bieten zukunftsorientiertes Wohnen und gute Möglichkeiten für individuelle und funktionale Wohnraumgestaltung.
- Rechtzeitig altersgerechte Wohnungen bauen erspart den Kommunen spätere Fördergelder.

MEHRHEITSFÄHIG MIT DEN ÄLTEREN AG SPD 60 PLUS FORDERT POLITISCHE TEILHABE AUF ALLEN EBENEN

Auf allen Ebenen muss sich die Politik dem Wunsch der Älteren nach Teilhabe öffnen. Das ist die grundlegende Voraussetzung für einen erfolgreich gemeisterten demografischen Wandel. Nur wenn die größer werdende Gruppe der Seniorinnen und Senioren auf die politische Meinungs- und Willensbildung angemessen Einfluss nimmt und ihn gleichberechtigt mitgestaltet, wird ein fairer und dauerhafter Ausgleich von Chancen, Rechten und Pflichten zwischen den Generationen zu sichern sein. Nicht zuletzt ist es für die Sozialdemokratie von entscheidender Bedeutung, ob sie die Älteren zum Mitmachen gewinnen kann: für die Mehrheitsfähigkeit an der kommunalen Basis und damit langfristig auch im Bund.

Immer noch ist es in der Öffentlichkeit wenig verbreitet, dass die Älteren keineswegs eine eher unpolitische Bevölkerungsgruppe bilden. Das Gegenteil ist richtig: Ältere Menschen sind überdurchschnittlich stark an politischen Themen interessiert. Zudem stellen sie ein Drittel aller Wahlberechtigten, ihr Anteil derer, die tatsächlich zur Wahl gehen, ist noch größer – mit steigender Tendenz. Alle Parteien wären daher klug beraten, nicht nur auf Verjüngung zu

setzen. Denn Rechte und Pflichten der Generationen müssen in allen Lebensbereichen in die richtige Balance gebracht werden. Politik ohne Ältere verarmt – zum Schaden der gesamten Gesellschaft.

Die Älteren jedenfalls sind bereit, Verantwortung zu tragen. Sie fordern wie die Jüngeren das Recht und die Möglichkeit, in der Politik mitzuwirken und mitzubestimmen. Und das ist gut so: Am Ende profitieren alle Generationen, wenn sich die Erfahrung der Älteren mit der Dynamik der Jüngeren ausgewogen verbindet.

Ob das gelingt oder nicht, entscheidet sich dabei wesentlich auf der lokalen Ebene. Denn eine Kommunalpolitik, die Ältere nur als Empfänger sozialer Leistungen betrachtet, wird scheitern. Eine erfolgreiche Alterung der Gesellschaft setzt voraus, dass die Älteren bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes systematisch einbezogen sind. Etwa durch die Entwicklung kommunaler Altenpläne. Wer, wenn nicht die Älteren, kann darin beispielsweise einbringen, dass die Lebenslagen und damit die Bedürfnisse von Senioren höchst unterschiedlich sind? Alter umfasst mittlerweile eine Lebensspanne von 40 und mehr Jahren – von den jungen Alten im Vorruhestand bis zu den Hochaltrigen über 100.

Politische Teilhabe in den Kommunen ist auf vielfältige Weise möglich. Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus bietet zum Beispiel Gelegenheit, innerhalb der SPD für eine sozial gerechte Entwicklung des Gemeinwesens einzutreten. Die Älteren stellen schon jetzt das Gros der politisch aktiven Mitglieder, etwa in Wahlkämpfen oder in den Gremien der Ortsvereine. Das gewachsene Gewicht muss sich allerdings künftig noch stärker bei der Besetzung von Gremien und bei der Nominierung von Bewerbern um Mandate niederschlagen. Die Älteren in der SPD verlangen eine angemessene Vertretung in den kommunalen Parlamenten, um dort im Sinne eines altengerechten Wandels wirken

zu können - der allerdings die Interessen aller Generationen zu wahren hat.

Ein weiteres Instrument politischer Teilhabe, das an Bedeutung zunehmen sollte, sind Seniorenvertretungen – gerade auf kommunaler Ebene. Diese Vertretungen älterer Menschen können die Willensbildung in den Räten maßgeblich ergänzen und im Sinne eines erfolgreichen demographischen Wandels beeinflussen. Die SPD 60 plus fordert daher, in den Gemeindeordnungen der Bundesländer die Einrichtung von Seniorenvertretungen festzuschreiben. Wir brauchen in jedem Bundesland ein Seniorenmitwirkungsgesetz.

Dabei sind drei Prinzipien zu gewährleisten:

- Die Mitglieder der Vertretungen sollten durch demokratische Wahl bestimmt werden, um ihre Legitimation und das Selbstvertrauen zu stärken.
- Ihre Rechte - sei es auf Anhörung bei bestimmten Themen oder sei es das Antragsrecht zu anderen Themen, mit denen sich Rat und Stadtverwaltung beschäftigen – sind verbindlich zu formulieren.
- Schließlich muss den Mitgliedern der Vertretungen das Recht auf Qualifizierung eingeräumt werden, etwa in politischen Verfahrensfragen oder zu bestimmten Fachgebieten der Kommunalpolitik.

SPD 60 plus sieht darüber hinaus Chancen der Teilhabe in neuen politischen Formen des Mitmachens und Mitbestimmens. In Schleswig-Holstein beispielsweise sind von der früher SPD-geführten Landesregierung landesweit die Voraussetzungen für regelmäßig tagende Altenparlamente auf kommunaler Ebene geschaffen worden. Diesen Parlamenten gehören zwar keine gewählten Mitglieder an, aber Senioren-, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kirchen entsenden dorthin ihre

Vertreter. Auch das verleiht den Beschlüssen, die beratenden Charakter haben, Legitimation und Aufmerksamkeit.

SPD 60 plus sucht an ihren Aktionstagen Verbündete für mehr und neue Formen demokratischer Willensbildung im Zeichen des demographischen Wandels. Zuerst in der eigenen Partei, aber darüber hinaus in der kommunalen Öffentlichkeit bzw. insbesondere unter den Älteren in der Bevölkerung.

WANDEL ERZWINGT REFORMEN FÜR EIN SOLIDARISCHES GENERATIONENPROJEKT

DER WEG ZU EINER ERWERBSTÄTIGENVERSICHERUNG MIT MINDESTRENTE

Ein gesetzliches oder staatlich gefördertes Alterssicherungssystem, das den Anforderungen an einen modernen Sozialstaat und der Balance im Verhältnis der Generationen genügen soll, muss in erster Linie zwei Ziele verfolgen:

- (1) Lebensstandardsicherung und
- (2) Armutsfestigkeit.

Diese beiden Ziele gelten für jedes Alterssicherungssystem. Sie sind Maßstab für Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren, ob die Mitgliedschaft obligatorisch oder freiwillig ist, ob das System für alle Bürgerinnen und Bürger oder alle Erwerbstätigen gilt oder berufsständisch orientiert ist, oder, ob es aus einem einheitlichen gesetzlichen System oder aus mehreren „Säulen“ besteht.

Es ist jedoch festzustellen, dass das deutsche Alterssicherungssystem, das „Drei Säulen Modell“ – die solidarisch- und umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung, ergänzt um die betriebliche und private kapitalgedeckte Altersvorsorge, in Zukunft beide Ziele, sowohl die

Lebensstandardsicherung, als auch die strukturelle Armutsfestigkeit, deutlich verfehlen wird. Dies ist zwar im derzeitigen Rentenbestand bereits spürbar, wird sich aber in den kommenden Jahrzehnten verstärken.

- Zum einen haben erhebliche Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt, wie die Wandlung der Familienmuster, Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, Entstehen und Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichheit, dazu geführt, dass viele Versicherte weder die persönlichen Voraussetzungen für eine Rente deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus erfüllen, noch annähernd eine Sicherung ihres Lebensstandards erreichen können. Auch die besonderen Erwerbsbiographien von Frauen müssen bei einer Neukonzeption der Rentenpolitik besonders berücksichtigt werden.
- Zum anderen hat der Gesetzgeber mit den Rentenreformen des letzten Jahrzehnts die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit für die gesetzliche Rentenversicherung ausdrücklich zugunsten der Beitragsstabilität aufgegeben. Es wurde beschlossen, das Rentenniveau längerfristig deutlich abzusenken. Die so aufgerissene Lücke sollte durch die ergänzende private kapitalgedeckte Zusatzvorsorge geschlossen werden. Dieser Anspruch kann aber von vielen Erwerbstätigen nicht eingelöst werden. Die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge führt vielmehr dazu, dass genau die Haushalte gefördert werden, die ohnehin schon eine höhere Sparquote haben.

Aus diesen Gründen ist es falsch, die Begrenzung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zum alleinigen Kriterium der Renten- und Alterssicherungspolitik zu machen. Weder ein hoher noch ein niedriger Beitragssatz können

allein ein sinnvolles sozialpolitisches Ziel sein. Vielmehr ist die Höhe des Beitragssatzes das Ergebnis einer gesellschaftlichen und politischen Abwägung, in die sowohl die angestrebten Sicherungsziele als auch die verfügbaren finanziellen Ressourcen sowie die Dringlichkeit konkurrierender politischer Ziele mit einbezogen werden müssen.

Wie bei keinem anderen Bereich der sozialen Sicherung kommt es bei der gesetzlichen Rentenversicherung auf Kontinuität und Vorhersehbarkeit an. Dies ist nur zu erreichen, wenn notwendige Veränderungen sich an beständigen Grundprinzipien und Zielen orientieren.

Um die Ziele – Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit – zu erreichen, fordert der AG 60plus Bundesvorstand:

- Die gesetzliche solidarisch finanzierte Rentenversicherung muss so umgestellt werden, dass die Hauptziele – Lebensstandardsicherung und strukturelle Armutsfestigkeit – wieder innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht werden. Die in der Finanzkrise, die durch die globalen Veränderungen in der Wirtschaft besonders in den Arbeitsverhältnissen zu Tage getretenen Risiken lassen sich nicht individuell abdecken, sondern nur durch eine Solidarversicherung innerhalb bzw. zwischen den Generationen.
- Die nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt und des Einzelnen hängt von einer positiven Entwicklung der Erwerbsbeteiligung und der existenzsichernden Löhne, von der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, der Ausweitung des Kreises der Versicherten, der Reduzierung der Arbeitslosigkeit, der Gestaltung der Zuwanderung und besonders der Produktivitätsentwicklung ab. Für den Abbau der Defizite in der bisherigen Ausgestaltung des Arbeitsmark-

tes sind die beschlossenen Maßnahmen unseres Programms „Gute Arbeit“ umzusetzen.

Das entscheidende Kriterium für das Funktionieren unserer deutschen Sozialversicherungssysteme, also auch der Alterssicherung, ist die Primärverteilung der Einkommen. Es gilt daher mit unserer Politik an den Ursachen anzusetzen, bevor wir lediglich Ergebniskorrekturen in der Alterssicherung vornehmen.

Die von uns vorgesehenen Verbesserungen in der Arbeitsmarktpolitik müssen durch Reformen in der Rentenversicherung ergänzt werden. Die politisch erfolgreichen Veränderungen, um z. B. Sicherungslücken zu schließen, würden wirkungslos bleiben, wenn die drastische Absenkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung bestehen bleibt. Eine Rückkehr zu dem Sicherungsziel von rd. 53 % (Niveau vor Steuern ohne Abzug des „Riester-Faktors“) ist daher unabdingbar.

Für die notwendigen Veränderungen in der Alterssicherung gelten für die AG 60plus folgende Grundsätze und Maßnahmen:

- Grundlage ist die solidarische und paritätisch nach dem Umlageprinzip finanzierte gesetzliche Rentenversicherung. Sie sichert nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in Form der Rente den Ersatz für das wegfallende Erwerbseinkommen. Die Höhe ergibt sich aus den geleisteten Beiträgen während der Erwerbsphase. Eine jährliche Anpassung der Rente erfolgt durch die Kopplung an die Lohn- und Gehaltsentwicklung.
- Neben den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist der Steuerzuschuss des Staates an die gesetzliche Rentenversicherung mindestens in seinem jetzigen Anteil unverzichtbar. Die von der gesetzlichen Rentenversicherung geleisteten solidarischen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben verlangen eine Steuerfinanzierung.

- Die gesetzliche Rentenversicherung wird schrittweise zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut. Das heutige berufständisch gegliederte Alterssicherungssystem behandelt je nach Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen (Arbeitnehmer, Beamte, Landwirte, Künstler, freie Berufe, sonstige Selbstständige usw.) gleiche soziale Tatbestände ungleich. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, dass alle Erwerbstätigen dem gleichen solidarischen Rentensystem angehören und die damit verbundenen Finanzierungslasten gemeinsam tragen.
- Das Sicherungsziel der Alterssicherung kann nach dem Paradigmenwechsel 2001 nicht mehr in dem gewohnten Umfang durch die gesetzliche Rentenversicherung erreicht werden. Derzeit bedarf es der freiwilligen Ergänzung durch eine private, allein von dem einzelnen Arbeitnehmer finanzierte, kapitalgedeckte Vorsorge (Riester-Rente, Betriebsrente). Dies kann leider von einem großen Teil der Erwerbstätigen, besonders in der Zukunft, nicht erreicht werden. Die Ziele – Lebensstandardsicherung und strukturelle Armutsfestigkeit – müssen daher wieder vorrangig und verlässlich durch die gesetzliche Rentenversicherung erreicht werden. Die Absenkung des Sicherungsziels auf rd. 43 % in der gesetzlichen Rentenversicherung wird rückgängig gemacht. Eine Rückkehr zu dem Sicherungsziel von rd. 53 % (Niveau vor Steuern ohne Abzug des „Riester-Faktors“) ist unabdingbar.
- In diesem Falle sind dann die zweite und dritte Säule lediglich private Ergänzungen. Ihre finanzielle Förderung durch den Staat ist damit letztlich entbehrlich. Dies gilt auch für die sogenannte „Entgeltumwandlung“.
- Betriebsrenten müssen aber im Sinne der Beschäftigten besser reguliert werden. So müssen unter anderem die paritätische Beteiligung der Arbeitgeber sowie die Mitnahmemöglichkeiten bei einem Arbeitsplatzwechsel garantiert sein.
- Der Wegfall staatlicher Förderung für die zweite und dritte Säule erfordert die Streichung der Dämpfungsfaktoren (Riester-Treppe, Nachhaltigkeitsfaktor) in der Rentenanpassungsformel.
- Der Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse, die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, höhere Rentenbeiträge für gewisse Gruppen usw. können niedrige Erwerbseinkommen immer nur für die Zukunft anheben. Niedriglöhne der Vergangenheit würden damit nicht erfasst. Zur Schließung der entstandenen und auch für die Zukunft nicht auszuschließenden Sicherungslücken, die u. U. zu einer Rente unterhalb der Grundsicherung führen würde, brauchen wir eine Ergänzung der gesetzlichen Rente um eine sogenannte Mindestrente. Hierzu eignet sich etwa das System der Mindestentgeltpunkte, mit dem Zeiten besonders niedrig entlohnter Beschäftigung oder Phasen der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege höher bewertet werden. Dies muss ohne Befristung der Regelung erfolgen. Das Niveau der Mindestrente muss über der Grundsicherung liegen. Die Grundsicherung muss als eigenständiges soziales Sicherungssystem erhalten werden. Sie sichert das Existenzminimum derjenigen ab, die keine Rentenansprüche erworben haben.
- Wir brauchen wieder die Abführung von Rentenbeiträgen für Arbeitslosengeld II Bezieherinnen und Bezieher. Es geht nicht nur um die Anerkennung von Pflichtbeitragszeiten sondern vorrangig um die Schließung von wertmäßigen Sicherungslücken. Dazu bedarf es entsprechend hoher Rentenbeiträge.

■ Die Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten gesetzlichen Rente ist nicht umsonst zu haben. Wissenschaftliche Studien haben aber ergeben, dass ein solcher Kurswechsel ohne Mehrbelastungen für die Beschäftigten und Nachteile für die volkswirtschaftliche Entwicklung möglich wäre. Im Jahr 2030 müsste der Beitragssatz dazu um vier bis sechs Prozentpunkte stärker steigen als geplant, die paritätisch finanziert werden müssen. Da unsere Vorschläge die private Zusatzversicherung aber entbehrlich machen, werden die Beschäftigten um die geforderten vier Prozent privater Vorsorge entlastet. Im Ergebnis würden sie dann sogar ein bis zwei Prozentpunkte weniger zahlen müssen.

■ Wir wenden uns gegen eine auf ein bestimmtes Lebensalter festgelegte allgemeine Renteneintrittsgrenze. Die Folgen eines für alle Arbeitnehmer gleichermaßen geltendes Renteneintrittsalter haben gezeigt, dass alle Modelle mit starren Altersgrenzen gescheitert sind. Sie müssen scheitern, weil sich einerseits die das Renteneintrittsalter bestimmenden Voraussetzungen ständig verändern (demografischer Wandel, ansteigende Lebenszeiten, rasante Veränderungen der allgemeinen und beruflichen Qualifikationsanforderungen, anhaltender Trend zu individualistischen Lebens- und Arbeitsformen etc.) und andererseits die persönlichen Voraussetzungen für Leistungsmöglichkeit und Motivation im Arbeitsleben für jeden Arbeitnehmer völlig unterschiedlich sind (physische, psychische und geistige Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Qualifikationserwerb und Qualifikationsbereitschaft, individuelle und familiäre Lebensverhältnisse und Lebensplanungen etc.). In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der privat abgeschlossenen Berufsunfähigkeitsversicherungen stark ausgeweitet. Zudem ist ein maßgeblicher Grund für einen früheren Renteneintritt das Risiko der Berufsunfähigkeit.

Aus diesen Gründen muss dieses Risiko wieder in den Sozialversicherungssystemen besser abgesichert werden. Es stellt zudem einen Anreiz für die Arbeitgeber dar, alters- und alternsgerechte Arbeitsplätze zu gestalten.

■ Das sture Festhalten an der „Rente mit 67“ vernachlässigt diese Erkenntnisse völlig. Das Gesetz ignoriert die Realitäten des Arbeitsmarktes. Die Rückwirkungen auf den einzelnen Arbeitnehmer spielen dabei keine Rolle. Wenn jetzt fast 80% der 60 – 64 - jährigen nicht in einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstelle tätig sind, dann ist ihnen eine freie Entscheidung über den Berufsaustritt und den Rentenbeginn genommen. Ihnen bleibt selbst bei dem Renteneintrittsalter von 65 Jahren nur die Rente mit deutlichen Abschlägen. Die Anhebung der Altersgrenze erfolgt also losgelöst von ihrer tatsächlichen Erreichbarkeit. Fazit: Das Gesetz zur Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre muss abgeschafft, mindestens im Vollzug ausgesetzt werden.

■ Schon jetzt müssen aber die vorhandenen Möglichkeiten zu einem flexiblen Übergang vom Beruf in die Rente verbessert werden. Wir brauchen einen erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente. Die versicherungsmathematischen Abschläge müssen wieder abgeschafft werden. Die unfreiwillige Beendigung des Berufslebens wegen gesundheitlicher Einschränkungen darf nicht durch Abschläge bestraft werden. Das Erwerbsminderungsrisiko muss umfänglich und solidarisch finanziert durch die gesetzliche Rentenversicherung erfolgen. Die „Teilrente ab 60“ muss weiterentwickelt werden. Die durch die Verkürzung der Arbeitszeit und entstehenden Abschläge einer Teilrente müssen vom Arbeitgeber ausgeglichen werden.

Diese Mindestanforderungen zur Verbesserung der Alterssicherung und des Schutzes vor Altersarmut bedürfen sicherlich der Präzisierung und Ergänzung. Darüber regt die AG 60plus eine breite Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen an. Wir, Jung und Alt, wollen mit diesen Vorschlägen dazu den Anstoß geben.

INTERESSANTE LINKS ZUR ALTERSVERSORGUNG:

ARBEITSGEMEINSCHAFT SPD 60 PLUS
www.ag60plus.de

ARBEITERWOHLFAHRT, AWO:
„Zusammenhalt stärken -Ausgrenzung verhindern“
Sozialpolitische Grundsatzerklärung
der Arbeiterwohlfahrt 2011
www.awo.org

*BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER SENIOREN-
ORGANISATIONEN, BAGSO*
Lebensleistung anerkennen, Altersarmut vermeiden
www.bagso.de

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND, DGB
www.dgb.de

DEUTSCHE RENTENVERSICHERUNG
www.deutsche-rentenversicherung.de

SOZIALVERBAND VDK
Informationen zu Rente und Altersversorgung
www.vdk.de

SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND, SOVD
Rente
www.sovd.de

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
www.spdfraktion.de

SPD-PARTEIVORSTAND
www.spd.de

DER BUNDESVOR- STAND DER AG SPD 60 PLUS STELLT SICH VOR:



ANGELIKA GRAF
MdB, Bundesvorsitzende

Geboren am 10.05.1947 in München;
geschieden, zwei Töchter.

1966 Abitur am Städtischen Luisengymnasium München; danach Studium der Mathematik und Physik an der TU München. 1971 bis 1976 als Programmiererin bei Siemens und anschließend bei Papierwerke Waldhof - Aschaffenburg in Raubling beschäftigt.

Seit 1977 in der SPD, seitdem u.a. Orts- und Unterbezirkvorsitzende; von 1984 bis 1995 Gemeinderätin in Raubling im Landkreis Rosenheim; 1990 bis 1996 Kreisträtin. Seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages - dort Mitglied im Ausschuss für Gesundheit sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Seit 2005 Landesvorsitzende der AG 60 plus in Bayern und Landesvorstandsmitglied der BayernSPD. Seit 2007 Mitglied im Bundesvorstand der AG 60 plus. Seit dem 30. August 2011 Bundesvorsitzende der AG 60 plus. Siehe auch www.grafspd.de.

Ich bin in der Arbeitsgemeinschaft 60 plus aktiv geworden, weil ich durch meine politische Arbeit immer mehr die Überzeugung erlangt habe, dass die ältere Generation sich stärker einbringen muss, um nicht überhört und allein gelassen zu werden. Damit ältere Menschen gehört werden und sich in Gesellschaft und Politik vernünftig einbringen können und beteiligt werden, müssen wir uns verstärkt einmischen. Als Bundesvorsitzende sehe ich daher meine Aufgabe in der Vertretung unserer Anliegen in die Partei hinein und nach außen. Ich halte es für dringend erforderlich, dass die Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren der SPD ihre Chancen nutzt und die Interessen Älterer in die gesellschaftlichen Debatten einbringt. Und diese Interessen sind beileibe nicht nur in den üblichen Bereichen Gesundheit, Pflege und Rente zu finden, sondern auch zum Beispiel in der Bildungs-, Friedens- oder Umweltpolitik. Gemeinsam mit dem Bundesvorstand will ich in Zusammenarbeit mit z.B. den Jusos, der AsF, der ASG und der AfA sowie mit den Sozialverbänden gemeinsam gegen Altersarmut, für eine Gesundheitsversorgung für Alle und für eine verbesserte Teilhabe der älteren Generation in allen Bereichen unserer Gesellschaft streiten und kämpfen.

**RUTH BRAND**

stellv. Bundesvorsitzende

Geboren 1928 in Dessau/Anhalt.
Schulbesuch u. a. in Stettin, Schwedt/Oder,
Berlin, Aurich/Ostfriesland.

Nach dem Abitur Tätigkeiten als Auslandskorrespondentin und Sachbearbeiterin u. a. in Bremen, Brüssel und Washington, D. C.
Rückkehr nach Deutschland, Heirat, 2 Kinder,
Gründung einer Hausaufgabenhilfe in Bergisch Gladbach-Bensberg, Studium in Köln mit Abschluss Diplom-Pädagogin.
Tätigkeit als Referentin für Familienpolitik und Abteilungsleiterin Internationales bei der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Bonn. U. a. Mitarbeit in der Nationalen Armutskonferenz und dem Europäischen Netzwerk gegen Armut und Ausgrenzung, zeitweise als Vorsitzende.
Lehraufträge an den Universitäten Marburg und Köln. Rente mit 67; Wahl zur ehrenamtlichen Sprecherin des Deutschen NRO-Forums Weltsozialgipfel und Mitglied der deutschen Delegation zur Vorbereitung und Durchführung der UN-Nachfolgekonferenz.
SPD-Mitglied seit 1968. Stv. Bundesvorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) und von deren Dachorganisation AGE Platform Europe.
25 Jahre Kreistagsabgeordnete im Rheinisch-Bergischen Kreis.
Mein besonderes Engagement gilt der internationalen Vernetzung und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Aktuell beschäftige ich mich – jeweils als stv. Vorsitzende der jeweiligen Fachgremien von BAGSO und AGE – mit Fragen der sozialen Sicherheit und besonders der Rentenpolitik auf EU- und nationaler Ebene.

**PETER SCHÖBEL**

stellv. Bundesvorsitzender

Geboren am 10. Juni 1941 in Braunschweig, verheiratet, zwei Kinder.

Nach Schule und Lehre zum Kraftfahrzeug-Mechaniker Studium BWL und Maschinenbau.

Vertriebsbeauftragter für Lastkraftwagen und Omnibusse der Firma Büssing in Hessen, später Wechsel in eine Sondermaschinenfirma mit Schwerpunkt Berg- und Tunnelbau.

Politische Tätigkeiten:
Stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender, Beisitzender im Unterbezirk, Mitglied im Bezirksvorstand Hessen-Süd, UB-Vorsitzender und Bezirksvorsitzender der AG 60 plus in Hessen-Süd, Stadtverordneter in der Kreisstadt Hofheim am Taunus.

Gesellschaftliche Aktivitäten:
Mitglied in Organisationen und Vereinen z.B. Senioren-Nachbarschaftshilfen, AWO, Städtepartnerschaften.
Meine Aufgaben als stellvertretender Bundesvorsitzender der AG 60 plus sehe ich darin, den Themen Altersarmut, Wohnen im Alter, Gesundheit und Pflege die Nachhaltigkeit in der politischen Diskussion zu verschaffen, die notwendig ist.
Dazu werde ich Kontakte zu allen Organisationen aufnehmen, die in der Gesellschaft auf diesen Gebieten vorhanden sind.



LOTHAR BINDING
MdB, Beisitzer

Geboren am 01. April 1950 in Sandershausen;
verheiratet mit Angelika, geb. Wagner,
Mathematikerin, zwei Kinder: Jonas (1982)
und Markus (1984).
Beruf: Starkstromelektriker / Mathematiker

Bis 1998: Wissenschaftlicher Angestellter am
Rechenzentrum der Universität Heidelberg,
Aufgabenschwerpunkt: Planung, Aufbau und
Betrieb von lokalen Netzen und Hochgeschwin-
digkeitsnetzen für Datenverarbeitung.
Seit 1998: Mitglied der SPD-Fraktion im Deut-
schen Bundestag; Mitglied im Finanzausschuss,
stellvertretender Sprecher der AG Finanzen der
SPD-Fraktion; Mitglied im Haushaltsausschuss -
Berichterstatter für das Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)
Seit 2009: Landesvorsitzender der AG SPD 60
plus Baden-Württemberg

Mir kommt es darauf an, den ganzen Menschen
in den Blick zu nehmen - in seiner Familie, mit
seinem Beruf bzw. seiner beruflichen Erfah-
rung, in seiner Freizeit, mit seiner Sexualität,
mit seinem Alter, seinen Ängsten, seinen Freu-
den, Hoffnungen... Ob Sozialpolitik, Wirtschafts-
und Finanzpolitik, Kultur- oder Infrastruktur-
politik - jedes Politikfeld wird berührt, wenn
wir den ganzen Menschen in den Mittelpunkt
rücken und ihn nicht reduzieren auf sein Alter,
sein soziales Umfeld oder seine Spezialinteres-
sen. Ein jugendlicher Umweltpolitiker ist so

wenig erst jung und dann Umweltpolitiker,
wie ein älterer Umweltpolitiker zuerst älter
und dann Umweltpolitiker ist. Das Wesentli-
che ist, dass sich beide um Umwelt und Natur
kümmern und sich so in einem Zukunftsthema
treffen, selbst wenn sich die Sichtweisen, die
Blickwinkel unterscheiden mögen.

Natürlich kennt jede Alterskohorte spezielle
Problemstellungen besonders gut. Sie bestim-
men einen wichtigen Teil ihres Engagements,
sind dabei aber immer in gesamtgesellschaftli-
che Problemstellungen eingebettet. Für die AG
SPD 60 plus denke ich etwa an Fragen im Zu-
sammenhang mit Prävention im Gesundheits-
system und mit Versorgung, z.B. durch ambu-
lante Dienste und Angehörige, die Altenpflege,
die Geriatrie, die Gerontopsychiatrie. Ich denke
an Rehabilitation, aber auch an Sozialhilfe, an
Sozialarbeit, an Mieter- und Verbraucherschutz,
an Versicherungssysteme und insbesondere an
die staatliche Infrastruktur- und Sozialplanung.
Weil mein beruflicher Schwerpunkt auf der
Finanzpolitik liegt, denke ich natürlich auch an
die Bankvorstände, die wir zur Rechenschaft zu
ziehen haben, aber ebenso an ein gerechteres
Steuersystem, an die Bekämpfung von Steuer-
hinterziehung oder auch z.B. an den vorsich-
tigen Umgang mit Subventionen und an die
Staatsverschuldung.

www.Lothar-Binding.de



NORWIN DORN
Beisitzer

Geboren im Jahr 1936

Berufe: Chemiefacharbeiter
Diplom-Chemiker
Patentingenieur

Gesellschaftliche Tätigkeit:

- Landesvorsitzender der AG SPD 60 plus Sachsen-Anhalt
- Vorsitzender der Stadt seniorenvertretung Halle/Saale e.V.
- Vorsitzender im AWO Ortsverein Halle/ West
- Vorsitzender der AG SPD 60 plus im SPD Stadtverband Halle

Inhaltliche Arbeit:

- Koordinierung der verschiedenen altersrelevanten und sozialen Gruppierungen in der Stadt Halle und Vertretung gegenüber der Stadtverwaltung durch Stadt senioren-gespräche, Einbindung der Bereiche Wohnungswirtschaft, Kultur, Gesundheitswesen, Polizei zu Sicherheit im Alter, etc.
- Verbindung zu Jusos, Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaftssenioren
- Öffnung der AG 60 plus in das gesellschaftliche Umfeld (durch Veranstaltungen und Besuche in Einrichtungen des Gesundheitswesens, Seniorenbetreuung, in Unternehmen und Kultureinrichtungen)
- Kooperation mit Kommunal- und Landtagsfraktionen



HEIDEMARIE FISCHER
Beisitzerin

Geboren 19.10.1944 in Berlin

Ich habe eine Ausbildung bei der BfA als Sozialversicherungsfachangestellte absolviert. Nach einem Wechsel zum Bundesinstitut für Berufsbildung, einer beruflichen Pause (Geburt einer Tochter) und dem Wechsel in die Politik, habe ich 16 Jahre als Mitglied des Abgeordnetenhauses meinen Wahlkreis im Wedding für die SPD erfolgreich vertreten.

Mein Schwerpunkt war die Innere Sicherheit. Seit über 30 Jahren engagiere ich mich ehrenamtlich in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, hauptsächlich in der Arbeiterwohlfahrt. Zurzeit als stellvertretende Landesvorsitzende. Um die Mitbestimmung der Senioren und Seniorinnen in der Gesellschaft weiter voranzubringen, habe ich in den letzten fünf Jahren als Vorsitzende in der Landesseniorenvertretung Berlin ehrenamtlich gearbeitet.

Das Mitspracherecht und die Belange meiner Generation möchte ich stärker in Politik und Gesellschaft einbringen. Es gibt zur Zeit nur zwei Bundesländer, wo dies durch ein Gesetz geregelt ist.

Auch die Situation älterer Menschen in Großstädten beschäftigt mich sehr. Der „Demographische Wandel“, der sich für viele Senioren und Seniorinnen in Form von Vereinsamung und Altersarmut in den nächsten Jahren weiter auswirken wird, muss durch Unterstützung in Bereichen Wohnen und Infrastruktur vorangebracht werden.

Die Vernetzung mit Gewerkschaften und sozialen Verbänden ist zum Erreichen dieser Ziele unerlässlich.



REINHOLD HEMKER
Beisitzer

Geboren am 08.10.1944 in Steinfurt-Burgsteinfurt, verheiratet, zwei Kinder.

Wie schon in den zwei Jahren nach meiner Wahl in den Bundesvorstand im August 2009 möchte ich wieder verantwortlich tätig sein bei der Vorbereitung und Durchführung von Zukunftswerkstätten zu zentralen Themen, wobei die Besinnung auf die eigenen Kräfte und Kompetenzen mit Einsatz von jungen Moderatoren eine besondere Funktion haben soll.

Ferner möchte mich weiterhin für die Stärkung unserer Kulturarbeit unter Einbeziehung der Inhalte des neuen Vorwärtsliederbuchs mit den in den Liedern angesprochenen Themen wie Freiheit, Solidarität, Gemeinschaft, Krieg, Frieden, etc. einsetzen. Teile davon können auch bei den Zukunftswerkstätten zum Tragen kommen. Auch möchte ich mich für die Konkretisierung des Grundwertes und der Zielorientierung internationale Solidarität unter Einbeziehung einer Partnerschaft mit HelpAge einsetzen und dabei an die Erfahrungen bei den Bundeskonferenzen anknüpfen.

Bei der Vernetzung unserer Arbeit würde ich gerne als Kontaktperson zu den Kirchen und Sportverbänden tätig sein. Die weiteren Kontakte ergeben sich aus den inhaltlichen Schwerpunkten.



GESCHE PETERS
Beisitzerin

Geboren im Jahr 1943, verheiratet mit einem dänischen Bildhauer, vier Kinder.

Lebt und arbeitet in Schleswig-Holstein und in Dänemark. Selbstständige Tätigkeit im Kulturmanagement. Bearbeitet zurzeit das Projekt „Dem Alter eine Zukunft geben“.

Seit 25 Jahren Mitglied der SPD.

Ich möchte der sozialen Gerechtigkeit eine Stimme geben. Lebendige Parteiarbeit als Aufgabenstellung für mehr Lebensqualität in einer Gesellschaft des langen Lebens.

Schwerpunkte:

- Aktives Alter fördern,
- im Gesundheitswesen Ausbau der Prävention,
- Teilhabe am Arbeitsleben,
- Anpassung des Arbeitsumfeldes an eine älter werdende Gesellschaft,
- Zukunftsfähigkeit des Rentensystems
- Vermeidung der Altersarmut,
- ein lebensbegleitendes Lernen und kulturelle Angebote, um eine Ausgrenzung zu vermeiden.

**JÜRGEN RISCHAR**

Beisitzer

Geboren am 02. April 1944 in Saarbrücken, verheiratet.

Mitglied der SPD seit 1968, seit dem in vielen Funktionen tätig. u.a. als Ortsvereinsvorsitzender, Unterbezirksvorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes.

Von 1980 bis 2000 Mitglied des Saarländischen Landtages, u.a. als Vorsitzender des Innenausschusses und Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

Landesvorsitzender der AG SPD 60 plus Saarland. Seit Jahren auch tätig im Technischen Hilfswerk. Mitglied im Präsidium der THW-Bundesvereinigung und Mitglied des Kuratoriums der THW-Stiftung.

Schwerpunkte im Bundesvorstand 60 plus:

- Weiterbildung
Lernen ist der beste Garant für Wohlstand, Gesundheit, sozialen Zusammenhalt und Zufriedenheit. Gelernt wird nicht nur an Schulen und Hochschulen, sondern auch in Vereinen, politischen Organisationen, in der Familie und im Gemeinwesen. In Zukunft werden wir mehr, länger und auch anders lernen müssen. Dabei kommt der Erwachsenenbildung eine besonderer Bedeutung zu, dort haben wir noch einigen Nachholbedarf.

- Miteinander der Generationen:
Unsere Gesellschaft ist dauerhaft auf das Miteinander der Generationen angewiesen, und zwar in allen Bereichen. Für die Solidarität der Generationen und die gegenseitige Akzeptanz über Altersgrenzen hinweg ist deshalb von großer Bedeutung, dass die Dialogfähigkeit zwischen den Generationen erhalten bleibt und wenn möglich verbessert wird.

EHRENVORSITZENDE:

Otto Graeber

Erika Drecoll

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,
nachfolgend haben wir Euch die Ansprech-
partnerinnen und Ansprechpartner der AG SPD
60 plus aus dem Bundesvorstand und Landes-
verbänden und Bezirken zusammen gestellt:

BUNDESVORSTAND DER AG SPD 60 PLUS

BUNDESVORSITZENDE UND BAYRISCHE LAN- DESVORSITZENDE

Angelika Graf, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 77 313
Fax: (030) 227 76 792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Bürgerbüro Rosenheim:
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Tel.: (08031) 98230
Fax: (08031) 299023

STELLV. 60 PLUS BUNDESVORSITZENDE/R

Ruth Brand, LV Nordrhein-Westfalen
Tel.: (0201) 10 54 888
E-Mail: ruth.brand@t-online.de

Peter Schöbel, BZ Hessen-Süd
Tel.: (06192) 52 46
E-Mail: Peter-Schoebel@t-online.de

BEISITZER IM 60 PLUS BUNDESVORSTAND

Lothar Binding, LV Baden-Württemberg
Tel.: (030) 227 731 44
E-Mail: Lothar.Binding@bundestag.de

Norwin Dorn, LV Sachsen-Anhalt
Tel.: (0345) 805 13 53
E-Mail: Norwin.Dorn@t-online.de

Heidmarie Fischer, LV Berlin
mobil: (0175) 20 52 861
E-Mail: fischerheidemarie@gmx.de

Reinhold Hemker, LV Nordrhein-Westfalen
mobil: (0171) 265 89 89
E-Mail: Reinhold.Hemker@web.de

Jürgen Rischar, LV Saarland
Tel.: (06897) 4459, mobil: (0178) 287 59 22
E-Mail: juergenrischar@t-online.de

Gesche Peters, LV Schleswig-Holstein
Tel.: (0451) 399 24 85
E-Mail: faehrhof@versanet.de

60 PLUS ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER IN DEN LANDESVERBÄN- DEN UND BEZIRKEN

LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Gertrud Ehrenreich, Tel.: (04321) 6 64 45
E-Mail: g-ehrenreich@web.de

LANDESVERBAND MECKLENBURG- VORPOMMERN

Erika Drecol, Ehrenvorsitzende der AG
SPD 60 plus, Tel.: (0381) 400 17 57
Email: Erika.Drecol@alice-dsl.net

LANDESORGANISATION HAMBURG

Rudolf Herbers, Tel. + Fax: (040) 480 89 94
E-Mail: herbersx2@aol.com
Günter Lübcke, Tel.: (040) 644 69 29
E-Mail: g.luebcke@gmx.de

LANDESVERBAND BREMEN

Bernd Grottke, Tel.: (0421) 476 05 38
E-Mail: Bernd.grottke@t-online.de

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Bezirk Nord-Niedersachsen:
Heinz G. Carlsson, Tel.: (04267) 591
E-Mail: heinzcarlsson@gmx.net

BEZIRK WESER-EMS

Dieter Sündermann, Tel.: (0441) 86 557
E-Mail: dieter-otto1131@hotmail.de

BEZIRK HANNOVER

Günter Helweg, Tel.: (05152) 8553
Fax: (05152) 52 92 64

BEZIRK BRAUNSCHWEIG

Volker Mewes, Tel.: (0531) 33 76 15
E-Mail: volker.mewes@web.de

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

Norwin Dorn, Tel.: (0345) 805 13 53
E-Mail: Norwin.Dorn@t-online.de

LANDESVERBAND BRANDENBURG

Horst Uelze, Tel.: (033762) 20 66 88
E-Mail: horst.uelze@t-online.de

LANDESVERBAND BERLIN

Werner Kleist, Tel.: (030) 824 48 21
E-Mail: werner.kleist@superkabel.de

LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Dieter Deneke, Tel.: (0208) 43 63 75

Annemarie Pell, Tel.: (02104) 53811
E-Mail: pellannemarie@aol.com

*LANDESVERBAND HESSEN**BEZIRK HESSEN-NORD*

Wolfgang Blümel, Tel. + Fax: (05544) 370

Siegfried Richter, Tel.: (05681) 711 27
E-Mail: siggi.richter@web.de

BEZIRK HESSEN-SÜD

Klaus zum Felde, Tel.: (06195) 24 89
mobil: (0170) 7 13 70 23
E-Mail: Zum-felde@t-online.de

LANDESVERBAND THÜRINGEN

Wolf-Dietrich Waack
Tel.: (03672) 34 34 04
mobil: (0151) 5 66 11 88

LANDESVERBAND SACHSEN

Klaus Franke, Tel.: (03731) 23 72 9
E-Mail: klausfranke38@hotmail.com

LANDESVERBAND SAARLAND

Jürgen Rischar
Tel.: (06897) 4459, mobil: (0178) 287 59 22
E-Mail: juergenrischar@t-online.de

LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Alexander von Rettberg, Tel.: (06321) 51 94
E-Mail: alexander.rettberg@t-online.de

LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Marga Elser, Tel.: (07172) 64 72
E-Mail: marga@elser.de

LANDESVERBAND BAYERN

Gerlinde Saller, Tel.: (08549) 695
E-Mail: Gerlinde.Saller@t-online.de

Josef Fackler, Tel.: (07303) 2768
E-Mail: sepp.facke@googlemail.com

*ANSPRECHPARTNERINNEN IM REFERAT
GENERATIONENPOLITIK BEIM SPD-PARTEI-
VORSTAND*

Susanne Bauer, Tel.: (030) 25991-331,
E-Mail: 60plus@spd.de

Rena Brummer, Tel.: (030) 25991-351,
E-Mail: 60plus@spd.de

AKTIONS- VORSCHLAG NR. 1 IHRE MEINUNG ZUM THEMA „TEILHABE ERMÖGLICHEN“

DIE IDEE:

Die Bodenzeitung hat sich längst als Alternative zum klassischen Infotisch in unserer Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt. Sie veranschaulicht auf einfache Weise, dass es zu einer Frage eine Vielzahl von Meinungen gibt. Wir zeigen damit, dass uns diese Meinungen interessieren und regen Diskussionen an.

DIE VORBEREITUNG:

- 4-6 m² große Maurerfolie mit schwarzem und rotem Filzstift (Edding 850) nach nebenstehendem Muster beschriften
- alte Plakate (weiße Rückseite) zum Hinterlegen der Folie besorgen
- Kreppband zum Befestigen besorgen
- zum Anstreichen der Aussagen werden 2-4 schwarze Filzstifte (Edding 2000) benötigt
- Standort in Fußgängerzone oder an einem anderen belebten Platz anmelden
- Presse einladen

DIE DURCHFÜHRUNG:

- Aktive sprechen Passanten an („Was sagen Sie dazu?“)
- Info-Material erst nach Gesprächen verteilen.

BEISPIEL FÜR DIE BODENZEITUNG:

GLAUBEN SIE, DASS TEILHABE IN UNSERER GESELLSCHAFT NOTWENDIG IST?	
Teilhabe und Mitwirkung dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen.	
Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Lückenbüßer für einen Rückzug des Staates werden.	
Teilhabe und Engagement halten unsere Gesellschaft zusammen.	
Mehr Ältere sollten Amt und Mandat ausüben.	
Bei richtiger Ansprache und Motivation würden sich noch viel mehr Menschen ehrenamtlich engagieren.	
SPD 60 PLUS MUSTERSTADT	

DIE NACHBEREITUNG:

Der nichtanwesenden Presse geht eine Pressemitteilung über den Verlauf der Aktion und ein Foto zu.

AKTIONS- VORSCHLAG NR. 2 IHRE MEINUNG ZUM THEMA „ARMUT VERMEIDEN“

DIE IDEE:

Die Bodenzeitung hat sich längst als Alternative zum klassischen Infotisch in unserer Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt. Sie veranschaulicht auf einfache Weise, dass es zu einer Frage eine Vielzahl von Meinungen gibt. Wir zeigen damit, dass uns diese Meinungen interessieren und regen Diskussionen an.

DIE VORBEREITUNG:

- 4-6 m² große Maurerfolie mit schwarzem und rotem Filzstift (Edding 850) nach nebenstehendem Muster beschriften
- alte Plakate (weiße Rückseite) zum Hinterlegen der Folie besorgen
- Kreppband zum Befestigen besorgen
- zum Anstreichen der Aussagen werden 2-4 schwarze Filzstifte (Edding 2000) benötigt
- Standort in Fußgängerzone oder an einem anderen belebten Platz anmelden
- Presse einladen

DIE DURCHFÜHRUNG:

- Aktive sprechen Passanten an („Was sagen Sie dazu?“)
- Info-Material erst nach Gesprächen verteilen.

BEISPIEL FÜR DIE BODENZEITUNG:

GLAUBEN SIE, DASS TEILHABE IN UNSERER GESELLSCHAFT NOTWENDIG IST?	
Wir brauchen flächendeckende Mindestlöhne.	
Arme Kinder haben arme Eltern und arme Großeltern.	
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.	
Die Rente muss den Lebensstandard sichern und armutsfest sein.	
SPD 60PLUS MUSTERSTADT	

DIE NACHBEREITUNG:

Der nichtanwesenden Presse geht eine Pressemitteilung über den Verlauf der Aktion und ein Foto zu.



AKTIONS- VORSCHLAG NR. 3 BODENGRAFIK MIT STATEMENT

*„GERINGER LOHN FÜHRT ZU EINER
NIEDRIGEN RENTE UND ENDET IN ALTERS-
ARMUT“
GUTER LOHN FÜR EIN BESSERES LEBEN!*

60 plus Logo nicht vergessen!

DIE IDEE:

Die Bodenzeitung hat sich längst als Alternative zum klassischen Infotisch in unserer Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt. Sie veranschaulicht auf einfache Weise, dass es zu einer Frage eine Vielzahl von Meinungen gibt. Wir zeigen damit, dass uns diese Meinungen interessieren und regen Diskussionen an.

DIE VORBEREITUNG:

- 4-6 m² große Maurerfolie mit schwarzem und rotem Filzstift (Edding 850) nach nebenstehendem Muster beschriften
- alte Plakate (weiße Rückseite) zum Hinterlegen der Folie besorgen
- Kreppband zum Befestigen besorgen
- zum Anstreichen der Aussagen werden 2-4 schwarze Filzstifte (Edding 2000) benötigt
- Standort in Fußgängerzone oder an einem anderen belebten Platz anmelden
- Presse einladen

DIE DURCHFÜHRUNG:

- Aktive sprechen Passanten an („Was sagen Sie dazu?“)
- Info-Material erst nach Gesprächen verteilen.

DIE NACHBEREITUNG:

Der nichtanwesenden Presse geht eine Pressemitteilung über den Verlauf der Aktion und ein Foto zu.

AKTIONS- VORSCHLAG NR. 4 QUIZ

WER WEISS BESCEID ÜBER ALTERSARMUT IN DEUTSCHLAND?

Ein Quiz von Werner Kleist,
60 plus Landesverband Berlin:

1) Für die Weltgesundheitsorganisation WHO gilt als arm, wer monatlich weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens in seinem Land zur Verfügung hat.

In der EU gilt ein anderer Maßstab.
Welches Einkommen gilt hier?

- a) 45 % b) 55 % c) 60 %

2) Mit welchem monatlichen Einkommen gelten in Deutschland Personen als armutsgefährdet?

- a) 780 € b) 800 € c) 930 €

3) Nach einem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes steigt der Anteil der armutsgefährdeten Personen in Berlin von Jahr zu Jahr an. Wie hoch war dieser Anteil im Jahr 2011?

- a) 15 % b) 17 % c) 19 %

Ist dieser Anteil in Brandenburg höher oder niedriger ?

4) Wie hoch ist die Zahl der Rentner und Rentnerinnen, die zusätzlich zu Ihrer Rente Grundsicherung beantragen müssen?

- a) weniger als 250.000
b) ca. 450.000
c) mehr als eine Million

5) Von wem stammt dieses Zitat?
„Armut ist die größte Plage, Reichtum ist das höchste Gut.“

- a) Josef Ackermann b) Bertold Brecht
c) Goethe d) Erich Kästner

Viel Erfolg beim Raten

AUFLÖSUNG:

Hier die Lösung der Quizfragen:

zu 1) = c)
zu 2) = a)
zu 3) = c)
in Brandenburg ist der Anteil
niedriger = 16,5 %

zu 4) = b)
zu 5) = Goethe (Der Schatzgräber).

AKTIONS- VORSCHLAG NR. 5 *„WAS FEHLT?“ PUZZLE ZUR ALTERSARMUT*

Wir können Altersarmut als Leben am Existenzminimum, knapp darüber oder deutlich drunter begreifen... – Nein, eigentlich können wir Altersarmut und was sie für Menschen bedeutet, nicht begreifen. Altersarmut ist kein „soziales Phänomen“, sondern Teil unseres Alltags – arme Menschen sitzen neben uns in der S-Bahn, wohnen im gleichen Haus, stehen in der gleichen Schlange an der Supermarktkasse.

Niemand muss verhungern oder erfrieren. Aber viele ältere Menschen leiden sehr unter der Summe alltäglicher Einschränkungen, die ihnen die Armut auferlegt. Mit der Puzzle-Aktion wollen wir auf (Alters-)Armut hinweisen.

Altersarmut versteckt sich. Wer arm ist, würde sich manchmal am liebsten unsichtbar machen. Lieber nicht unter Leute gehen – sonst fangen die noch an, über mich zu reden. Das Gefühl, sich schämen zu müssen, versteckt sich oftmals hinter scheinbar unverfänglichen Formulierungen.

„Ich gehe nicht so gerne ins Theater – weil ich selbst mein bestes Kleid nicht mehr ausführen kann.“

„Natürlich habe ich genug Geld, mit der Strassenbahn zu fahren – aber nur, wenn ich diese

Woche auf Wurst und Käse verzichte...“

„Wir können gerne mal ins Cafe gehen – aber wie soll ich dann das Geburtstagsgeschenk für meinen Enkel bezahlen?“

Über diese Erfahrungen von Verzicht, Scham oder Verzweiflung sollten wir auch nachdenken, wenn wir über das Existenzminimum für ältere Menschen sprechen.

Die 12 Teile unseres Puzzles greifen ineinander und symbolisieren im Zusammenwirken die Gesamtheit dessen, was wir als Existenzminimum begreifen. Sie vermitteln ein Bild seiner unterschiedlichen Facetten. Die Passanten, unterstützt von den SPD-Mitgliedern, die den Informationsstand betreuen, bauen das Puzzle langsam auf und diskutieren dabei die einzelnen Beschriftungen der Puzzleteile:

1. Essen und Trinken
2. Bekleidung und Schuhe
3. Wohnung und Heizung
4. Wasser und Strom,
5. Möbel und Haushalt
6. Gesundheitspflege
7. Verkehr
8. Telefon und Internet
9. Freizeit, Unterhaltung und Kultur
10. Bildung
11. Urlaub und Gasthaus
12. Dienstleistung und Sonstiges

Aber etwas stört an diesem fertig unfertigen Bild; zwei Puzzleteile passen nicht bzw. fehlen: Die Armut reißt Lücken in unsere Vorstellung eines würdevollen Alterns, unsere Illusion eines Alters ohne Armut.



AG SPD 60 plus Musterstadt

An die Vertreterinnen und Vertreter der Medien – **vor der Aktion**

Musterstadt, den 29.04.2012

Einladung an die Presse

Aktionstag der Älteren in der SPD
„Teilhabe ermöglichen – Altersarmut verhindern“

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 29. April 2012 von 12.00 Uhr bis 13.00 Uhr in Musterstadt
in der Musterstraße/gegenüber dem Marktplatz

führt die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus Musterstadt die Aktion „Guter Lohn für ein besseres Leben“ / „Teilhabe ermöglichen“, „Altersarmut vermeiden“, /XYZ durch.

Große Bodengrafiken laden Bürgerinnen und Bürger ein, ihre Meinung zu Armut zu sagen. Die Aktion steht unter dem Motto **„Teilhabe ermöglichen – Altersarmut verhindern“**. Die AG SPD 60 plus ist die Stimme der Älteren in der SPD.

Maxi Muster, Vorsitzende/r der AG SPD 60 plus. „Wer kennt sie nicht, die ältere Frau, die sich zu Beginn des Monats an den Küchentisch setzt und rechnet. Egal, ob es um einen kleinen Ausflug geht oder ein Stück Kuchen oder ein Geschenk für das Enkelkind: Immer muss sie rechnen, rechnen, rechnen. Meist ist das Ergebnis, dass es wieder mal nicht reicht. Die wachsende Altersarmut wollen wir nicht hinnehmen.“

Die Seniorinnen und Senioren setzen sich dafür ein, dass auch ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ob es zum Seniorentreffen der AWO, zum Sportverein gehen soll, oder Enkeldienst angesagt ist, das darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Es kann nicht sein, dass das ehrenamtliche Engagement ausfällt, weil die Kosten zu hoch sind.

„Wir brauchen ein Rentensystem, das auch im Alter den Lebensstandard sichert und Altersarmut verhindert. Dafür brauchen wir eine Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente“, so Maxi Muster weiter.

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme ein und freuen uns auf Ihr Kommen!

Für Rückfragen steht Ihnen NN unter der Telefonnummer 123 gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Maxi Muster

V.i.S.d.P.: Maxi Muster, AG SPD 60 plus, Mustergasse 12, 12345 Musterstadt

AG SPD 60 plus Musterstadt – **nach** der Aktion
An die Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Musterstadt, den 30.04.2012

Pressemitteilung

„Teilhabe ermöglichen – Altersarmut verhindern“ - Ältere wehren sich gegen Ausgrenzung und Armut

Anlässlich des Aktionstages „Teilhabe ermöglichen – Altersarmut verhindern“ am 29. April 2012 erklärt die/der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus Musterstadt, Maxi Muster:

Maxi Muster „Unsere Aktion Bodenzeitung / XYZ zeigt, dass unser Rentensystem den Lebensstandard sichern und Altersarmut verhindern muss.

Bei zu vielen älteren Menschen hängt es vom Geldbeutel ab, ob sie ehrenamtlich tätig sind, oder für das Enkelkind noch ein Geschenk kaufen können.

Wir haben nicht ein Leben lang gearbeitet um jetzt Bittsteller zu sein. Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkelkinder Jobs haben, von denen sie leben und eine Alterssicherung aufbauen können. Auch dafür brauchen wir den Mindestlohn.

Die SPD Senioren sehen in ihrem Motto „Teilhabe ermöglichen – Altersarmut verhindern“ eine zentrale Herausforderung für eine moderne Sozialpolitik. Ältere und jüngere Menschen müssen sich auf das Rentensystem verlassen können.

Für Rückfragen steht Ihnen NN unter der Telefonnummer 123 gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Maxi Muster

V.i.S.d.P.: Maxi Muster, AG SPD 60 plus, Mustergasse 12, 12345 Musterstadt

Rückmeldebogen bitte umgehend zurücksenden an:

Fax: 030 - 25991-545 oder

E-Mail: 60plus@spd.de

SPD-Parteivorstand

Susanne Bauer

Referat Generationenpolitik

Wilhelmstraße 141

10963 Berlin

RÜCKMELDEBOGEN: „Teilhabe ermöglichen – Altersarmut verhindern“

Landesverband/Bezirk/Unterbezirk/Kreis/OV

.....

Verantwortliche Ansprechpartner (Name, Vorname, Straße, PLZ, Ort)

.....

Am 29. April 2012 führen wir eine Aktion/Veranstaltung durch:

Kurze Beschreibung:

.....

.....

.....

Veranstaltungsort:

.....

Wir haben folgende (Aktions-) Partner gewonnen:

.....

Mandatsträger beteiligen sich:

.....

.....

.....

ja nein

Wir versenden eine Pressemitteilung

☐ ☐

Wir laden zu einem Pressegespräch ein

☐ ☐

Wir laden die Presse zur Aktion ein

☐ ☐

MATERIALIEN DER AG 60 PLUS



FLYER

„Die AG SPD 60 plus stellt sich vor“
Bestell-Nr.: 2607240 Preis: 0,05€

FLYER **NEU**

„Teilhabe ermöglichen – Altersarmut verhindern“
Bestell-Nr.: 2607340 Preis: 0,05€



FLYER

„Neue Wege gehen – Wohnen im Alter“
Bestell-Nr.: 2607330 Preis: 0,05€

STOFFTASCHE

„60 plus SPD aktiv und gefragt“
Bestell-Nr.: 4800180 Preis: 1,20€

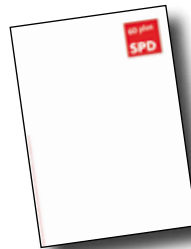


KUGELSCHREIBER

„AG 60 plus“
mit herausziehbarem, beidseitig bedrucktem Banner
Bestell-Nr.: 4800113 Preis: 0,25€

DVD

„Demokratie. Leben.
Über die Idee der Sozialdemokratie“
Der Besucherfilm des Willy-Brandt-Hauses. Über die Idee der Sozialdemokratie und die Arbeit der SPD. Für Vorführungen auf Parteiveranstaltungen, für Neumitglieder oder als Geschenk geeignet.
Bestell-Nr.: 6300026 Preis: 9,95 €



EINDRUCKPLAKAT

„AG 60plus“
Bestell-Nr.: 1100211 Preis: 0,50 €

BRIEFBOGEN

„AG 60plus“
Bestell-Nr.: 2800274 Preis: 0,05 €



ANSTECKBUTTON

„60plus SPD Teams“
Bestell-Nr.: 4800208 Preis: 0,30 €

FUSSBALL-EM-PLANER

NEU!

Der Kalender bietet auf 36 Seiten den gesamten Spielplan, alle wichtigen Fakten, Spielpaarungen, Spielorte und Hintergründe rund um die Fußball-EM in Polen und der Ukraine.

90 x 154 mm,
Bestell-Nr.: 4702022
Preis: 0,35 €



Weitere Materialien unter:
www.spd-shop.de

Wir beraten euch gerne persönlich unter:
Tel.: 030 - 25991-200
Fax: 030 - 25991-360
E-Mail: vertrieb@spd.de